

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadgemeinderat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindevorstands-Kontokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittlendorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 48 Bad Schandau, Donnerstag, den 10. April 1919 63. Jahrgang

Bekanntmachung.

Steuerung des Tanzwesens.

Das Tanzwesen hat in letzter Zeit in einer Weise überhand genommen, die mit dem Ernst der Zeit und der Notlage unseres Volkes nicht in Einklang zu bringen ist. Es werden in großem Umfange von Vereinigungen, die lediglich zur Umgehung der Tanzvorschriften geschaffen sind, nicht genehmigte öffentliche Tanzvergünstigungen unter dem Deckmantel nichtöffentlicher Tanzveranstaltungen abgehalten.

Gegen dieses Treiben wird in Zukunft mit strenger Strafe gegen Veranstalter und Tanzwirte, gegen letztere im Wiederholungsfalle unnachsichtlich mit Entziehung der Tanzkonzession eingegriffen werden.

Der unterzeichnete Stadtrat wird daher in Gemäßheit des § 12 der Verordnung des Ministeriums des Innern über Tanzvergünstigungen vom 8. Dezember 1910 Tanzvergünstigungen insbesondere dann als öffentliche, genehmigungspflichtige behandeln:

1. wenn öffentlich, d. h. ohne Namensnennung oder ohne nähere persönliche Bekanntheit eingeladen wird;
2. wenn ohne oder gegen Eintrittskarten jedermann — sei es auch nur aus einer oder mehreren Ortschaften oder nur aus bestimmten Personalkreisen — Zutritt hat. Als Eintrittskarten gelten auch sogenannte Mitgliedskarten von Vereinigungen, die zur Umgehung der Tanzvorschriften geschaffen sind,
3. wenn an Tanzstunden andere Personen teilnehmen, als auf einer von der Ortsbehörde beglaubigten Liste, die vorzulegen muß, angegeben sind.

Danach sind insbesondere als öffentliche Tanzvergünstigungen anzusehen: Ortsbälle, Jugendbälle, Bälle im Anschluß an öffentliche Konzerte und sonstige Veranstaltungen, Jog. Musikerkränzchen, Bälle der unter 2. gekennzeichneten Vereinigungen und solche, die

von einzelnen zwecks Umgehung der Tanzregulativbestimmungen veranstaltet werden, ebenso aber auch Tanzveranstaltungen aller Vereine bei öffentlicher Einladung von Gästen und ferner sogenannte Tanzstunden, deren Leiter keine berufsmäßigen Tanzlehrer sind oder an denen Personen teilnehmen, die nicht in dem unter 3. genannten Verzeichnis eingetragen sind.

Schandau, am 8. April 1919.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Freitag, den 11. April:

Margarine bei Klemm, Haase, Hofmann auf Lebensmittelmarke Nr. 25 und Fettmarke A $\frac{1}{8}$ Pfund, Preis 2.17 M. das Pfund.

Nährmittel werden Sonnabend ausgegeben. Näheres in der Freitag-Nummer d. Bl. Schandau, am 10. April 1919. Der Stadtrat.

Nach Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist den Herstellern von Örrgemüse auch in diesem Jahre das Örrren von Frühgemüse auf Grund der §§ 1 und 9 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 23. Januar 1918 (R.-G.-Bl. S. 46) bis zum 31. Juli 1919 untersagt. Ausgenommen von diesem Verbot sind die an den Frischmärkten verbleibenden Ueberstände von Frühgemüse, welche durch Trocknung vor dem Verderb geschützt werden müssen.

Dresden, am 9. April 1919.

799 V G 2

Wirtschaftsministerium.

Landeslebensmittelamt.

3830

Kapuzinerpredigten.

In einer Überzeugung sind sie alle einig auf dem Rätekongreß in Berlin: es steht nicht schön aus in Deutschland. Niemand findet sich, der ein auch nur halbwegs zufriedenes Gesicht aufweist, man ergeht und erschöpft sich in gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen, und daß etwa Herr Reinert die Gefolgschaft von Richard Müller oder Herr Kaliski die ganz radikalen Kommunisten zu sich herüberziehen könnte, erscheint heutzutage unvorstellbarer als je zuvor. Jede Partei macht der anderen den Vorwurf, daß sie zur Gewalt, zu Bajonetten, Sandgranaten und Maschinengewehren ihre Zuflucht nehme, und daß darüber die Not des Volkes immer höher steige, und je länger dieser Kampf um die Macht andauert, desto grimmiger wird die Erbitterung, mit der die feindseligen Richtungen sich befehden. Man kann nicht gerade sagen, daß der erste Tag des Rätekongresses der Welt viel Neues gebracht habe: den Himmel möchten sie alle stürmen, ob sie nun der Fahne der Mehrheitssozialisten folgen oder zu Haase oder zu Ledebour aufschauen. Aber keiner verfügt über die hinreichende Macht der Berechnung, die nötig wäre, um die widerstrebenden Geister zu mächtiger Tat zusammenzuführen — und so kann auch aus dieser Tagung schwerlich eine heilungbringende Wirkung für unser krankes Volksleben herauskommen. Es wird anderer als Redefuren bedürfen, wenn wir über den Berg hinausgelangen wollen, der den Horizont unserer politischen Entwicklung augenblicklich immer noch versperrt.

Als die Hauptrede des ersten Sitzungstages darf man wohl diejenige des Mehrheitssozialisten Kaliski bezeichnen. Eine richtige Kapuzinerpredigt, die mit seinen eigenen Parteigenossen gar nicht viel akkomplicierter umsprang als mit Unabhängigen und Kommunisten. Alle hobt ihr verlast, wie Ihr hier steht und geht — das war der Grundton seiner ungemein temperamentsvollen Ausführungen. Der gewaltigen Aufgabe, die mit der Revolution an uns gestellt wurde, ist niemand gerecht geworden, niemand hat es verstanden, neuen Wein in die alten Schläuche zu tun, und so drehen wir uns ewig im Kreise und kommen nicht von der Stelle. Das Volk hungert nach neuen Ideen, nach neuen Schöpfungen, um sein Dasein endlich etwas wohllicher gestalten zu können, aber seine berechtigten Vertreter schlagen sich gegenseitig den Schädel ein und zerföhren noch den Rest von Lebensmöglichkeiten, der uns bis jetzt verblieben ist. So ging es weiter im Text, und siehe da: der Mann fand auf allen Seiten des Hauses Zustimmung. Über gegnerische Burste, die sich durchweg auf sachlichem Boden hielten, wußte er seinen Faden unbeeinträchtigt fortzuspinnen, so daß man schließlich fast den Eindruck gewann, die Versammlung sei doch im Grunde eigentlich gar nicht so zerklüftet, wie sie selbst von sich zu glauben scheint. Indessen, das wäre doch wohl nur eine optische Täuschung. Einigkeit, jomgt sie herstellbar ist, kann unter diesen Männern nur in der Verneinung bestehen, nur in der Erkenntnis dessen, daß man bisher die Welt noch nicht gerade verbessert hat; wie es aber anders gemacht werden soll, um dem Volk endlich Brot statt Steine bieten zu können, darüber gibt es keine Verständigung. Die Bekämpfung des Räte-systems, die Herr Kaliski als Heilmittel für alle Nöte der Gegenwart in der Tasche trägt, bleibt immerhin fraglich. Was wir brauchen, sind tatsächliche Fortschritte, die, wenn

möglich von heute auf morgen, allen sichtbar und fühlbar den wirklichen Anbruch einer neuen Zeit einleiten. Nach ihnen haben wir bis jetzt vergeblich geschrien, und der Rätekongreß wird uns auch nicht den Frühling bringen.

Das Räte-system der Unabhängigen? Die deutsche Räterepublik? Da sind uns wenigstens die Bayern mit gutem — oder bösem — Beispiel vorangegangen. Warten wir ab, wie dieses Experiment gelingen mag.

Zweiter Deutscher Rätekongreß.

Ledebours Entlassung abgelehnt.

CB, Berlin, 9. April.

Kurz nach Eröffnung der heutigen Versammlung wurde folgendes Telegramm des Justizministers Heine bekanntgegeben: „Die Haftentlassung des Schriftstellers Georg Ledebour kann nur das Gericht anordnen. Von einer Wettergabe des Antrages an das Gericht habe ich abgesehen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage kommt, die nach Lage der Gesetzgebung nicht als begründet anerkannt werden könne.“

Die Unabhängigen brachen in lebhaften Protesten aus. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß der Beschluß sowohl an die Behörden als auch an das Gericht gegangen sei, und daß das Bureau bereit sei, auch nochmals Schritte zu unternehmen. Der Magdeburger (Soldatenfraktion) stellt den Antrag, sofort in die Behandlung des geltend gemachten Antrages auf Freilassung des verhafteten Vorsitzenden des RSK in Magdeburg, Brandes, und zweier Soldatenräte einzutreten. — Der Kongreß beschließt demgemäß.

Gegen das Erfahren der Ruhrschächte.

Nachdem die Auseinandersetzung längere Zeit in der üblichen Weise andauert, geht man zur Besprechung der Lage im Ruhrgebiet über. Reichsminister Schmidt führt aus: Gestern abend ist der Arbeitsminister in das Ruhrgebiet gefahren, um eine Verständigung herbeizuführen. Ich von meinem Standpunkte aus als Ernährungsminister bedaure den ganzen Zustand aufs höchste. Er bringt uns in Deutschland in eine außerordentlich gefährliche Lage und ist eine große Gefahr für die Lebensmittellieferung und unser ganzes wirtschaftliches Leben. Ich erkenne nicht an, daß ihm wirtschaftliche Fragen zugrunde liegen; vielmehr handelt es sich dabei nur um politische. Ich würde es sehr bedauern, wenn nicht auch auf diesem Kongreß die Erkenntnis durchdränge, daß eine derartige Wüste Art der Verhütung und Unterdrückung des Ganzen unmöglich ist. Wir haben Verständigungsorganisationen eingeführt, ich muß aber feststellen, daß diese nicht in Anbruch genommen worden sind. Das ist ein Zustand, der uns um jeden Kredit im Auslande bringt, wenn in solcher Weise mit dem Eigentum der Nation verfahren wird. Ich appelliere an diesen Kongreß, wenn es ihm ernst ist mit dem Volkswohl, nicht Sympathien auszusprechen mit einer Bewegung, hinter der nichts steht als der Terrorismus einer kleinen Minderheit.

Bis auf das Höchste steigert sich die Erregung der Versammlung, bei der gegenseitig die schwersten Vorwürfe erhoben werden. Schließlich wird folgender Antrag Cohen-Neus einstimmig angenommen:

„Der zweite Rätekongreß, der mit den unmittelbaren Vertretern des gesamten werktätigen deutschen Volkes besetzt ist, appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die sogenannten Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk vor dem furchtbaren Unglück verschont wird, das mit dem Erfahren von Schächten unbedingt eintreten muß.“

Ein Zusatzantrag der Unabhängigen wird abgelehnt und dafür folgender Zusatz der Mehrheitspartei einstimmig angenommen: „Von der Reichsregierung wird erwartet, daß berechnete Forderungen der Bergarbeiter erfüllt werden.“

Es entpinnen sich dann Debatten über die Soldatenräte, die Freiwilligen, die Bürgerwehren, Lehrer Flügel (Demokrat) verweist sich gegen die fortwährenden Störungsvorwürfe von links, die lediglich der Agitation für eine politische Partei dienen sollen und erkennt an, daß der Zentralrat ein gutes Stück ehrlicher Arbeit geleistet habe.

Regierungsstruppen in Magdeburg.

Vollständige Arbeitsruhe.

In allen großen Betrieben Magdeburgs ruht seit Dienstag die Arbeit. In der Nacht auf Mittwoch kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Ein heftiges Gefecht entpinn sich um das Haus der „Volksstimme“, auch an der Hauptpost und an anderen Stellen gab es Schießereien. Tote und Verwundete blieben überall zurück.

Mittwoch früh 5 Uhr begann der Einmarsch der vom Reichswehrminister Noske entsandten Truppen. Erstlicher Widerstand ist ihnen nicht entgegengekehrt worden, obwohl es mehrfach zu Schießereien kam. Die Regierungsstruppen sind bis ins Zentrum vorgedrungen. Sie haben den Domplatz gesäubert und die Hauptstraßen besetzt. Unter ihrem Schutz ist der Verkehr der Straßenbahn wieder aufgenommen worden.

Die Magdeburger Garnison bestand bisher aus dem Wachregiment, einer Art Sicherheitswehr, aus Reitern des Regiments 26 und ungefähr 1000 aktiven Unteroffizieren. Das Wachregiment verhielt sich sehr zweifelhaft.

Politischer Generalstreik in Braunschweig.

Auf Beschluß des Aktionsausschusses, des Betriebsausschusses und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist Mittwoch vormittag die revolutionäre Arbeiterchaft Braunschweigs in den politischen Generalstreik eingetreten. Es gilt, wie es im Aufruf heißt, den Kampf gegen den Kapitalismus und den Militarismus und die Rettung der Revolution.

Sämtliche öffentlichen Lokale, bis auf die Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen zu halten. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Ärzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt.

Lage in den Kohlenbaugebieten.

Wie von authentischer Seite festgestellt wird, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streikziffern insgesamt und im einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Bestand der Ausständigen hinausgegangen. Alle nicht amtlichen Nachrichten über die Zahl der im Ruhrrevier Streikenden sind mit größter Vorsicht entgegenzunehmen. Wie der Bergbauverein berichtet, haben auf den vom Streik betroffenen Becken 42 829 Mann gearbeitet. Außerdem arbeiteten auf Becken, die überhaupt nicht vom Ausstand betroffen sind, 15 177 Mann.

Verstärkter Belagerungszustand.

Seit Dienstag nachmittag ist über Essen Stadt und Land der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden. Beim Einzug der Regierungsstruppen kam es infolge des Versuches, einen Bagagewagen zu plündern, zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten, wobei